



## Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.	VL-31/2026/XX
Federführende Abteilung:	3 Amt für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Sachbearbeiter:	Müller, Alexander
Datum:	27.04.2026

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	11.05.2026	beschließend

### **Betreff:**

**Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.04.2026  
Steinbachaue weiterentwickeln, Fördermittel sichern, Lebensqualität stärken**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, für die Stadt Steinbach (Taunus) eine Bewerbung auf das Förderprogramm des Bundes „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ fristgerecht vorzubereiten und einzureichen.
2. Grundlage der Bewerbung soll das erarbeitete Entwicklungskonzept zur Steinbachaue sein. Die darin enthaltenen Maßnahmen, Zielsetzungen und Entwicklungsperspektiven sind bei der Antragstellung zugrunde zu legen und – soweit für die Förderkulisse erforderlich – förderprogrammspezifisch weiterzuentwickeln oder zu konkretisieren.
3. Der Magistrat wird ferner beauftragt, Fördervoraussetzungen, Kooperationsmöglichkeiten sowie gegebenenfalls erforderliche ergänzende fachliche oder planerische Grundlagen im Zuge des Bewerbungsprozesses zu prüfen und in die Antragstellung einzubeziehen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung ist über wesentliche Zwischenschritte des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens, insbesondere über
  - die Einreichung der Bewerbung,
  - etwaige Nachforderungen oder Konkretisierungen des Fördermittelgebers,
  - den Stand des Auswahlverfahrens sowie
  - eine mögliche Förderzusage oder Ablehnung

fortlaufend, mindestens jedoch durch schriftliche Mitteilungen in den zuständigen Ausschüssen sowie in der Stadtverordnetenversammlung, zu unterrichten.

5. Im Falle eines positiven Förderbescheids wird der Magistrat beauftragt, die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen auf Grundlage des Entwicklungskonzepts sowie unter Berücksichtigung der Rückmeldungen und Vorgaben des zuständigen Ministeriums weiter auszuarbeiten. Die finale Ausgestaltung der Maßnahmen ist dem Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

### **Begründung:**

Die Weiterentwicklung der Steinbachaue ist seit mehreren Jahren ein gemeinsames Anliegen. Auf Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde gemeinsam mit der Hochschule Geisenheim ein Studiensemester initiiert, aus dem erste beispielhafte Ansätze zur Entwicklung des Areals hervorgegangen sind. Aufbauend darauf haben SPD, Grüne und FDP ein professionelles Entwicklungskonzept beauftragt, um eine belastbare Grundlage für die weitere Planung und die Einwerbung von Fördermitteln zu schaffen.

Mit dem nun vorliegenden Förderprogramm mit einer Förderquote von bis zu rund 80 Prozent besteht die konkrete Chance, diese Vorarbeiten in die Umsetzung zu überführen. Die Förderung ermöglicht es, notwendige Investitionen mit geringem kommunalen Eigenanteil umzusetzen und wirkt damit mittel- bis langfristig haushaltsschonend.

Gerade für Steinbach als eine der am stärksten besiedelten Städte Deutschlands ist die Weiterentwicklung der Steinbachaue von besonderer Bedeutung. Sie schafft und sichert dringend benötigten Freiraum im Grünen, stärkt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und leistet zugleich einen Beitrag zu Klimaanpassung und nachhaltiger Stadtentwicklung.

Die Bewerbung auf das Förderprogramm ist daher ein folgerichtiger nächster Schritt, um vorhandene Förderchancen im Interesse der Stadt zu nutzen und die Entwicklung der Steinbachaue weiter voranzubringen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Nicht genannt.

gez.  
Moritz Kletzka  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Sabine Schwarz-Odewald  
Fraktionsvorsitzende